

STUDENTENSCHAFT

der Universität Hohenheim (Landwirtschaftliche Hochschule)

Allgemeiner Studentenausschuß
der
Universität Hohenheim (LH)

7000 Stuttgart 70
Postfach 106

☎ 454 885 und 4701 2060

**LSI
ZAK**

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Anlage übersenden wir Ihnen Informationen über einen neuen Fall von Berufsverbot nach dem Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz. Winfried KRETSCHMANN, lange Zeit Vertreter der Studentenschaft der Universität Hohenheim, wird die Fortsetzung seiner Ausbildung zum Lehrer verweigert.

Am 1.10.75 war Herr Kretschmann zum Anhörungsverfahren beim Ober-schulamt bestellt. Bei dieser Anhörung hat er eine vorbereitete Erklärung abgegeben, die wir ebenfalls beilegen. Sobald wir über das Ergebnis dieses Verfahrens informiert sind, werden wir es Ihnen mitteilen.

Der AstA der Universität Hohenheim lehnt dieses - wie jedes andere - Berufsverbot gegen einen ehemaligen Vertreter der Studentenschaft strikt ab! Der Zweck kann nur sein, Duckmäusertum und vollkommene politische Einschüchterung an den Universitäten zu züchten.

Sollten Sie Interesse haben, sich mit Herrn Kretschmann selbst über seine politischen Ansichten und diesem Fall von Berufsverbot zu unterhalten, so ist er dazu bereit. Geben Sie gegebenenfalls Nachricht an den AstA, dieser wird sie an Herrn Kretschmann weiterleiten. Die Erklärung vor dem OSA ist öffentlich und kann von Ihnen veröffentlicht werden.

Mit freundlichen Grüßen

AstA Universität Hohenheim

10.10.75

Winfried Kretschmann

Echterdingen, den 23.9.1975

7023 Echterdingen

Richthofenstrasse 8

An das
Oberschulamt Stuttgart
U III P

7000 Stuttgart 1

Postfach 1040

Betr.: Stellungnahme zu meiner vorläufigen Nicht-Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien und zu der entsprechenden Begründung des Oberschulamts Stuttgart (Schreiben vom 12.9.75)

Nachdem ich im Juli dieses Jahres an der Universität Hohenheim in den Fächern Biologie und Chemie das 1. Staatsexamen abgelegt hatte, bewarb ich mich für den Referendardienst. Daraufhin erhielt ich vom Oberschulamt (OSA) Stuttgart die Zuweisung zum Studienseminar in Esslingen und wurde von dort dem Mörike - Gymnasium Esslingen zugeteilt.

Nun war ich der Ansicht, dass damit der Weiterführung meiner Ausbildung nichts mehr im Wege stünde. Buchstäblich jedoch einen Tag vor der Vereidigung wurde mir vom OSA Stgt mitgeteilt, dass ich nicht zum Referendardienst zugelassen werden könne, da meine Einstellungsprüfung gemäss dem sogenannten Radikalen-Erlass noch nicht abgeschlossen sei. Dies erschien mir als eine äusserst dürftige Erklärung dafür, dass es immerhin um den Abschluss meiner Ausbildung geht. Nun teilen Sie mir mit, dass aufgrund zweier Kandidaturen zum Studentenkonvent (SK) der Universität Hohenheim Bedenken gegen meine Zulassung zum Vorbereitungsdienst bestünden.

Dabei ist richtig, dass ich vom 29.11. bis 1.12.1972 für die Sympathisantengruppe Hohenheim der "Kommunistischen Studentengruppen/Marxisten-Leninisten" (KSG/ML) und vom 27. bis 29.11.1973 auf einer Plattform des "Sozialistischen Zentrums" (SZ), der "Kommunistischen Hochschulgruppe" (KHG) sowie nichtorganisierter Kommilitonen für die KHG zum Studentenkonvent kandidierte.

Weiter heisst es dann in dem Schreiben des OSA, dass ich Gelegenheit habe, bei einem Anhörungstermin des OSA eine Stellungnahme abzugeben, falls ich meinen Antrag auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst aufrechterhalte.

Ich frage Sie, welchen Inhalt soll diese Stellungnahme haben, wo doch nicht die geringste Begründung dafür angegeben ist, warum diese sogenannten Erkenntnisse Bedenken gegen meine Zulassung zum Referendardienst ergeben.

Ich muss also annehmen, dass es die schlichte Tatsache ist, dass ich das Recht wahrgenommen habe, mich mit bestimmten Vorstellungen und Zielen an der Hochschule politisch zu betätigen und für die Vertretungsorgane der Studentenschaft zu kandidieren.

Wenn dies ein Hinderungsgrund dafür ist, seine Ausbildung zu beenden und Lehrer zu werden, so sollte das OSA bzw. das Kultusministerium dies deutlich und unmissverständlich erklären.

Von Anfang meines Studiums an hielt ich es für notwendig, in den Vertretungsorganen der Studentenschaft mitzuarbeiten. Grosse Teile der Studenten hielten dies offenbar ebenfalls für notwendig. Nur so kann ich es mir erklären, dass sie mich bei all meinen Kandidaturen wählten, sei es zum AStA-Vorsitzenden, ins Studentenparlament oder als Vertreter der Fachschaft

Biologie. So auch bei den beiden Kandidaturen, die Sie anführen. Bei letzterer wählten mich die Mitglieder des SK mit grosser Mehrheit zum Vorsitzenden des Studentenkonzils. Die Studenten der naturwissenschaftlichen Fächer wählten mich zum selben Zeitpunkt in die Fachbereichsversammlung, von den studentischen Vertretern dort wurde ich einstimmig zum Mitglied des Fachbereichsrates gewählt.

Es ist anzunehmen, daß die Studenten mich jeweils aufgrund meiner politischen Vorstellungen und Tätigkeiten wählten.

So heisst es in der oben angeführten Plattform unter anderem: "Dass ein AStA gebildet werden muss, der alle Bewegungen unterstützt, die unter anderem darauf abzielen:

- Alle Formen des inneren und äusseren Numerus Clausus zu bekämpfen und den uneingeschränkten Zugang zu allen Lehrveranstaltungen zu erreichen
- Über die Kämpfe der Völker der Dritten Welt gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufzuklären und sie zu unterstützen
- Die Verschlechterung der materiellen Lage vor allem der Studenten aus ärmeren Schichten entgegenzutreten
- Die freie politische Betätigung und Freiheit der Diskussion in allen Bereichen zu propagieren, wahrzunehmen und durchzusetzen.

Dabei bezogen sich alle hier und die weiteren in der Plattform aufgeführten Punkte auf schon vorhandene Bewegungen und Kämpfe der Studenten wie: Ausbau der Medizin in Hohenheim und Zugang zu Grosspraktikas; Unterstützungskampagne des chilenischen Widerstands anlässlich des Putsches der Militärjunta; Mieterkämpfe im Studentenwohnheim und die verschiedenen Aktionen für eine kostendeckende Ausbildungsförderung. Denn wir gingen davon aus, dass "SK und AStA" die Kämpfe in Fachschaften und Semestern nicht stellvertretend führen können, sondern sie unterstützen und zusammenfassen müssen."

Zum Schluss der Plattform heisst es: "Wir stehen zum Prinzip, dass der AStA seine Aufträge durch die Mehrheit der Studenten, wie sie sich z.B. durch Vollversammlungen ausdrücken kann, erhalten soll. Sollte ein AStA, an dem wir beteiligt sind, einen Auftrag durch eine solche Vollversammlungsmehrheit bekommen, der nicht mit unseren politischen Grundsätzen vereinbar ist, dann werden wir die Ämter im AStA zur Verfügung stellen und versuchen, erneut die Mehrheit für uns zu gewinnen!"

Auf Grund dieser Plattform wurde zusammen mit der JUSO-Hochschulgruppe der AStA gebildet.

Wenn das OSA bzw. Kultusministerium der Ansicht ist, dass aufgrund solcher Vorstellungen gewählte Vertreter der Studentenschaft das Recht verlieren, ihre Ausbildung zu beenden und Lehrer zu werden, so sollte es dies öffentlich erklären.

Ich jedenfalls habe meine politischen Vorstellungen und Tätigkeiten jederzeit allen Studenten und Hochschulangehörigen öffentlich dargelegt und vertreten.

Wenn demgegenüber staatliche Behörden Informationen, welche eigentlich jedermann zugänglich sind, als "Erkenntnisse" bezeichnen bzw. als "gerichtsverwertbare Erkenntnisse", muss man folgern, dass es auch nicht-gerichtsverwertbare gibt. Dies wiederum lässt den Schluss zu (und wird auch durch die Praxis bestätigt), dass das Innenministerium sich diese Informationen auf Wegen verschafft, die für den einzelnen weder durchschaubar noch kontrollierbar sind. Darüber möchte ich mein äusserstes Befremden ausdrücken.

Nun liegen meine politischen Tätigkeiten an der Hochschule, die Anlass Ihrer Bedenken sind, alle mindestens ein Jahr zurück. Deswegen haben sich die Verhältnisse an der Hochschule aber keineswegs gebessert, sondern verschlechtert. Als derzeit aktuelles Beispiel sei hier die finanzielle Situation der Studenten genannt.

Um ca. 340 Mill. DM sollen die Mittel im Bundeshaushalt für die Ausbildungs-

Förderung gestrichen werden. Nun reichte schon während meiner eigenen Studienzeit vielen Studenten das Geld nicht aus. Seitdem sind aber die Preise für Mieten, Kleidung, Lebensmittel und Studienmaterialien keineswegs gesunken, sondern gestiegen. Bei gleichzeitig wachsendem Druck auf die Studenten in Folge der Vermehrung und Verschärfung der Prüfungen, Klausuren etc. wird es zudem durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt immer schwieriger, eine Arbeit in den Semesterferien zu bekommen, um so über die Runden kommen zu können. Der Zwang zum Abbruch des Studiums wird für eine grosse Zahl der Studenten damit unausweichlich. Gleichzeitig sind sie in solch einer Situation ohne Schutz vor den Auswirkungen der Krise, da ihnen die Regierung das Recht auf Arbeitslosengeld nicht zugesteht. Diese Politik trifft ausschliesslich die besitzlosen Klassen, und die Tore der Universität werden zunehmend dicht gemacht für die Kinder der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten. Denn diese sehen sich gleichzeitig einem wachsenden Druck der Kapitalistenverbände bzw. dem staatlichen Arbeitgeber gegenübergestellt, die ihren Lohn drücken und zugleich über vermehrte Abgaben und Steuern ihren Geldbeutel schröpfen wollen. Dies alles bei weiterhin steigenden Preisen und Gebühren und neben der ständigen Bedrohung, den Arbeitsplatz zu verlieren und in das Heer der Arbeitslosen eingereiht zu werden.

Im Gegensatz dazu wird den Kapitalisten durch das sogenannte Konjunkturprogramm eine Milliarde nach der anderen zugeschoben, Milliarden, die zum grössten Teil aus dem Steueraufkommen der Lohnabhängigen stammen und die - wie die keineswegs sinkende Arbeitslosigkeit beweist - ihnen dazu dienen, erneut Arbeiter und Angestellte vom Arbeitsplatz auf die Strasse wegzurationalisieren oder die Produktion in sogenannte Niedriglohnländer zu verlagern.

Man kann ziemlich sicher sein, dass sowohl die Studenten wie auch die lohnabhängige Bevölkerung diese Angriffe nicht einfach hinnehmen werden, sondern dass sie sich wehren werden.

Ebenso bin ich ziemlich sicher, dass die Studenten jetzt wie zu der Zeit, als ich für ihre Vertretungsorgane kandidierte, sich mehrheitlich solche Vertreter wählen werden, die in der Lage sind, ihre Interessen auf allen Gebieten wirksam zu vertreten und die sie gegen solche Angriffe zusammenschliessen, und zwar an der Seite der übrigen Lohnabhängigen und nicht auf deren Rücken.

Bestehen nun von Seiten des Kultusministeriums Bedenken, jene zum Vorbereitungs- und Schuldienst zuzulassen, die Zustände, wie die o.g. für schlecht halten und die der Meinung sind, dass sie geändert werden müssen?

Die der Meinung sind, dass solche Zustände keineswegs naturnotwendig sind, sondern ihre Ursache darin haben, dass diejenigen, die den ganzen materiellen Reichtum der Gesellschaft produzieren, ihn nicht für sich selbst, sondern für eine kleine Minderheit produzieren, denen die Fabriken, Büros und Banken gehören und die über den Reichtum, den andere für sie geschaffen haben, verfügen?

Bestehen Bedenken gegen die, die aus diesem Grund dafür eintreten, dass solche Verhältnisse grundlegend geändert werden müssen?

Meine "Bedenken" bestanden gegenüber solchen Verhältnissen, deshalb bin ich gegen sie aufgetreten und dafür, dass sie geändert werden.

Diese Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert, und ich nicht meine Ansicht über sie.

Um die Anerkennung meiner politischen Ansichten habe ich mit dem Mittel der Überzeugung gekämpft, meine politischen Tätigkeiten im Rahmen demokratischer Prinzipien entfaltet, wie ich sie weiter oben kurz dargestellt habe. Daran werde ich auch in Zukunft festhalten und meine Tätigkeit als Lehrer entsprechend meinen Fähigkeiten im Interesse einer möglichst umfassenden Ausbildung der Schüler begreifen, in Zusammenarbeit mit meinen Kollegen und unter Kontrolle und Wille der Eltern.

Winfried Kretschmann